

Antrag 101/I/2021**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: FA V - Stadt des Wissens, FA X - Natur, Energie, Umweltschutz (Konsens)****Changing Climate - Changing Taxes: Für die sozial-ökologische Transformation die CO2-Steuer weiterentwickeln**

1 Mit dem Beginn der Covid-19 Pandemie im Frühjahr 2020
2 erlebten wir nicht nur eine der größten gesundheitspo-
3 litischen Herausforderungen unserer Zeit, die tausende
4 Menschenleben kostete, für viele Personen schwere fi-
5 nanzielle Folgen hatte oder soziale Probleme verschärfte,
6 sondern auch eine Dauerberichterstattung über die Pan-
7 demie. Eine andere globale Herausforderung, die dringen-
8 des Handeln in fast allen Lebensbereichen erfordert, ge-
9 riet dabei fast schon in Vergessenheit. Die Folgen des Kli-
10 mawandels und die damit einhergehenden Herausforde-
11 rungen sind jedoch präsenter und dringender denn je. Die
12 Temperaturen steigen weiter an, die Treibhausgaskonzen-
13 tration in der Atmosphäre jagt einen jährlichen Höchst-
14 wert nach dem anderen und die Auswirkungen für die
15 Menschen, die vom Klimawandel am meisten betroffen
16 sind, werden immer drastischer. Steigende Meeresspie-
17 gel, Müllberge, Ressourcenkonflikte oder Wetterextreme
18 dürften für niemanden mehr etwas neues sein.

19
20 Wir Jusos sehen uns in der Verantwortung gegenüber der
21 Umwelt als auch den Menschen, die aufgrund eines glo-
22 balen kapitalistischen Wirtschaftssystems die Auswirkun-
23 gen durch den Klimawandel zu spüren bekommen, tätig
24 zu werden und so fortlaufend unsere Positionen zur Be-
25 kämpfung des Klimawandels auszuweiten und zu vertie-
26 fen. Eine Anpassung der Art, wie wir wirtschaften und mit
27 begrenzten Ressourcen umgehen, muss daher hinterfragt
28 und geändert werden. Eine Bepreisung des CO2 sowie der
29 CO2- Äquivalenten, die wir tagtäglich produzieren, ist da-
30 her eine der zentralen Möglichkeiten, diesen Ausstoß zu
31 senken. Ebenso sehen wir als Jusos die Pflicht, dass die
32 Kosten einer solchen Umstellung nicht auf niedrige Ein-
33 kommen abgelagert werden. **Der Kampf gegen den Kli-
34 mawandel ist im Kern ein sozialistischer Kampf, da wir
35 die Folgen des menschengemachten Klimawandels nur
36 durch eine gerechte Umverteilung und die Überwindung
37 des Kapitalismus erreichen.**

38
39 **Verbesserter Emissionshandel**

40 Mit dem aktuell angewendeten Emissionshandel las-
41 sen sich in besonders stark emittierenden Sektoren CO2-
42 Reduktionen erreichen. Die bisherigen Reduktionsziele
43 der des EU-Emissionshandel (ETS) betrachten wir jedoch
44 als zu wenig ambitioniert. Auch der Europäische Rech-
45 nungshof hat die Europäische Kommission bereits im Sep-
46 tember 2020 dazu aufgefordert, im Kampf für mehr Kli-
47 maschutz bei der Vergabe kostenloser Verschmutzungs-

48 rechte nachzuschärfen. Der europäische Emissionshan-
49 del umfasst derzeit nur 40% der gesamten europäischen
50 Treibhausgasemissionen, da viele Industrien und Unter-
51 nehmen keine Emissionszertifikate emittiert werden. Oft
52 werden auch Gewinne durch das Handeln von kostenlo-
53 sen Zertifikaten in klimaschädliche Projekte, wie die Sa-
54 nierung bestehender Braun- oder Steinkohlekraftwerke
55 verwendet. Durch kostenlose Zertifikate lassen sich ei-
56 ne zu niedrige Nachfrage an Zertifikaten nicht vermei-
57 den. Dies hat zur Folge, dass mit einem Zertifikatüber-
58 schuss und zu niedrigen CO₂-Preis, eine Reduzierung der
59 Emission nur schwerer möglich ist. Wir fordern daher ei-
60 ne drastischere Reduzierung aller auf den Markt verfüg-
61 baren Zertifikate, um die CO₂ Produktion herunterzufah-
62 ren und die durch den Verkauf erbrachte Erlöse für so-
63 ziale und nachhaltige Projekte zu nutzen. Ein gut funk-
64 tionierender EU-Emissionshandel reicht jedoch nicht aus,
65 um unsere klimapolitischen Ziele zu erreichen, da er
66 nur knapp die Hälfte der in der EU verursachten Treibhaus-
67 gasemissionen ausmacht. Wir fordern daher unsere Posi-
68 tionen zu einer CO₂-Steuer für die übrigen Sektoren ambi-
69 tionierter und sozial-verträglicher zu gestalten, um unse-
70 re klimapolitischen Verpflichtungen einhalten zu können
71

72 **Dynamisches Steuerkonzept**

73 Der Temperaturanstieg im Vergleich zur vorindustriellen
74 Zeit betrug schon im Jahr 2016 ungefähr 1,1° C. Wenn
75 wir nicht sofort handeln, sind die Chancen, die globa-
76 le Erderwärmung bis 2100 selbst auf 2°C begrenzen, er-
77 schreckend gering. Die CO₂-Steuer ist eine der wirkungs-
78 vollsten Instrumente, um die Einhaltung des 1,5° C Zieles
79 des Pariser Klimaabkommens noch zu ermöglichen. Da-
80 zu muss die Steuer allerdings effektiv und hoch genug
81 angesetzt werden, um einen spürbaren Unterschied aus-
82 zumachen. **Wir fordern daher ab sofort die Besteuerung**
83 **von Kohlenstoffdioxid-Emissionen mit 80€ pro emittier-**
84 **ter Tonne CO₂, welche bis zum Jahr 2025 kontinuierlich**
85 **auf 180€ pro Tonne und bis zum Jahr 2030 stetig auf 205€**
86 **pro Tonne CO₂ ansteigen soll.** Dieser Bepreisungsfahrplan
87 deckt sich zu Teilen mit den Forderungen des Umweltbun-
88 desamtes und mehreren Umweltorganisationen. Der im
89 Vergleich mit anderen Konzeptpapieren hohe Einstiegs-
90 preis stellt den besten Kompromiss zwischen einer effek-
91 tiven umweltpolitischen Forderung und der Vermeidung
92 einer Kostenverteilung auf den Schultern von Leuten mit
93 niedrigem sozio-ökonomischen Status dar.

94

95 Wenig politische Themen haben so viel Dynamik wie die
96 Klimadebatte. Um den aktuellen Stand der Forschung,
97 neue nationale und internationale Entwicklungen und
98 auch den sich stetig verändernden Konsens in Fachkrei-
99 sen zu berücksichtigen, muss eine effektive CO₂-Steuer
100 flexibel und anpassbar sein. **Wir fordern deshalb ein un-**

101 **abhängiges Expert*innengremium, welches, ähnlich wie**
102 **die Mindestlohnkommission, die aktuelle Lage regelmä-**
103 **ßig evaluiert und gegebenenfalls Anpassungen der Be-**
104 **preisungen der Steuer an die Bundesregierung weiter-**
105 **geben kann.** Diesem Expert*innengremium sollen aus-
106 schließlich Wissenschaftler*innen (explizit keine Wirt-
107 schaftsvertreter*innen) angehören. Die Berechnung und
108 Anpassung der Steuer muss rein im Interesse des Kli-
109 maschutzes stehen. Die Berechnung muss mathematisch
110 nachvollziehbar und wissenschaftlich begründet sein. Zu-
111 sätzlich würde dieses Gremium frühzeitig einen mittel-
112 oder langfristigen Plan für die Zeit nach 2030 entwickeln
113 und die folgende Bepreisung der Steuer der klimapoliti-
114 schen Situation sowie die positiven Feedback- Loops der
115 Erderwärmung entsprechend berücksichtigen.

116

117 **CO2-Kennzeichnung**Zusätzlich fordern wir eine konkret
118 **in Kilo angegebene Kennzeichnungspflicht des CO2-**
119 **Fußabdrucks oder der CO2- Äquivalenz bei allen ande-**
120 **ren Treibhausgasen auf allen in Deutschland vertriebenen**
121 **Produkten, besonders aber bei Lebensmitteln und All-**
122 **tagsprodukten.** Diese Kennzeichnung kann auch noch
123 durch ein farbiges Ampelsystem ergänzt werden. Da-
124 mit werden nicht nur die Verbraucher*innen transpa-
125 rent in die Bemühungen einer CO2-Reduzierung involviert
126 und die Kaufentscheidungen der Konsument*innen posi-
127 tiv zugunsten des Klimas beeinflusst, sondern wir erhof-
128 fen uns damit auch einen weiteren Ansporn für Herstel-
129 ler*innen zu CO2-armen Produktionsmethoden. In Schwe-
130 den wurde ein CO2-Kennzeichnungssystem mit konkre-
131 ter Kilo-Angabe 2009 eingeführt, mit der Folge, dass sich
132 klimafreundliche Produkte um 20 Prozent besser als vor-
133 her verkaufen.

134

135 **Soziale und finanzielle Ausgleichsmaßnahmen**

136 Dieses Konzept der CO2-Besteuerung mit einem Ein-
137 gangssteuersatz von 80€ pro Tonne würde, bei einem
138 durchschnittlichen CO2-Ausstoß von 8,89 Tonnen pro Jahr
139 und Einwohner*in Deutschlands und ohne die sukzes-
140 sive Verhaltensanpassung zu berücksichtigen, bis 2025
141 jährlich ein zusätzliches Steueraufkommen von 59,1 Mil-
142 liarden Euro ergeben. Die zusätzlichen Geldbeträge sol-
143 len allerdings nicht im Gesamthaushalt verbucht wer-
144 den, sondern direkt und mehrgleisig der Umverteilung
145 und dem Klimaschutz dienen, indem sie durch die kon-
146 kreten Maßnahmen, die wir beschreiben, in den Sozial-
147 und Umweltsektor fließen. Obwohl es vor allem Men-
148 schen mit höherem Einkommen sind, die CO2-intensivere
149 Güter und Dienstleistungen in Anspruch nehmen, müs-
150 sen Menschen mit geringerem Einkommen den grö-
151 ßeren Prozentsatz ihres Einkommens steuerlich zusätz-
152 lich aufwenden. Um also diese Menschen zu entlasten
153 und zunächst bestimmten besonders betroffenen Grup-

154 pen den Übergang zu erleichtern, schlagen wir eine Rei-
155 he von sozialen Ausgleichsmaßnahmen vor, die für eine
156 höhere Bepreisung von CO₂ und CO₂-Äquivalenten zwin-
157 gend erforderlich sind. **Als primären Ausgleichsmechanis-**
158 **mus fordern wir eine sogenannte Klimadividende in Kom-**
159 **bination mit Senkungen von Steuern, die untere Ein-**
160 **kommensschichten überproportional belasten, wie bei-**
161 **spielsweise eine deutliche und dauerhafte Senkung der**
162 **Mehrwertsteuer. Die Klimadividende soll automatisch**
163 **einmal im Jahr direkt an alle Bürger*innen ausgezahlt-**
164 **und nach dem Einkommen gestaffelt werden. Je niedri-**
165 **ger das Einkommen, desto höher die Klimadividende. So**
166 **wird der Umverteilungsmechanismus der CO₂-Steuer am**
167 **deutlichsten sichtbar und greifbar.** Dies hätte das Ziel,
168 die Kosten für Individuen abzufedern und auch die öf-
169 fentliche Unterstützung einer CO₂-Bepreisung zu gene-
170 rieren. Eine dieser obsolet werdenden Abgaben ist die
171 EEG-Umlage, welche Haushalte mit geringeren Einkom-
172 men überproportional belastet. **Als Härtefallregelung un-**
173 **terstreichen wir weiterhin unsere Forderung nach einem**
174 **erhöhten Mindestlohn auf mindestens 13,50 Euro pro**
175 **Stunde, um so eine finanzielle Entlastung für niedrige**
176 **Einkommen, die besonders von einer CO₂-Steuer betrof-**
177 **fen wären, zu gewährleisten.** Fahrten von Pendler*innen
178 zu und von ihrer Arbeitsstätte sollen vorerst von der
179 Steuer ausgeschlossen sein. Die Lasten der Bekämpfung
180 der Klimakrise dürfen nicht zu großen Teilen von Arbeit-
181 nehmer*innen getragen werden. Außerdem sollen Men-
182 schen in ländlichen Gebieten nicht aufgrund großer Ent-
183 fernungen und schlechter ÖPNV-Anbindung benachtei-
184 ligt werden. Arbeitgeber*innen, welche sich jedoch für
185 klimafreundliche Fahrgemeinschaftsangebote einsetzen
186 sollen staatlich gefördert werden, um den Umstieg des
187 Pendelns von Individualverkehr auf kollektive Beförde-
188 rungsmethoden einzuleiten. **Anstelle der Umlagen auf**
189 **den Strompreis wollen wir Energieinvestitionen steuer-**
190 **lich finanzieren, um Verteilungsgerechtigkeit zu ermögli-**
191 **chen. Zusätzlich zu einer direkten und indirekten Steuer-**
192 **umverteilung sollen Teile der zusätzlichen Gelder auch in**
193 **Sozialprojekte für betroffenen Bevölkerungsgruppen, lo-**
194 **kale und internationale Nachhaltigkeitsprojekte und den**
195 **Ausbau eines kostenlosen ÖPNV in ganz Deutschland in-**
196 **vestiert werden. Um Unternehmen zu einer CO₂-armen**
197 **Produktionsweise anzureizen, sollen vor allem kleine re-**
198 **gionale Unternehmen, die besonders CO₂-arm produzie-**
199 **ren, subventioniert werden.** Mit dieser Investitions offen-
200 sive sollen diese transformationsbereiten Unternehmen
201 gerade in den Anfangsjahren gefördert werden, damit sie
202 sich finanziell bewähren können. Mit dieser Investitions-
203 offensive sollen diese transformationsbereiten Unterneh-
204 men gerade in den Anfangsjahren gefördert werden, da-
205 mit sie sich finanziell bewähren können.
206

207 Ausgleiche sollen jedoch nicht nach dem Gießkannen-
208 prinzip verteilt werden, sondern nur da angewendet wer-
209 den, wo Bemühungen gezeigt werden und eine Un-
210 terstützung notwendig ist. Um ein "Carbon Leakage",
211 sprich das Auslagern von Emissionen von CO₂ und CO₂-
212 Äquivalenten in Drittstaaten, zu verhindern, **sollen die**
213 **Vorschriften für die Industrie verpflichtend werden sowie**
214 **möglichst zeitnah im internationalen Kontext angewen-**
215 **det werden** und eine gemeinschaftliche Antwort bieten.
216 Die Ausweitung des EU- Emissionshandel auf mehr betei-
217 ligte Länder (aktuell 31 Länder), muss daher Priorität ha-
218 ben.

219

220 Um die Umgehung der CO₂-Bepreisung, indem Güter von
221 Drittstaaten importiert werden, in denen keine äquiva-
222 lente CO₂-Bepreisung herrscht, zu vermeiden, sollen **Zölle**
223 **bei Importen** analog zu der von uns beschriebenen CO₂-
224 Steuer erhoben werden. Dies soll so lange geschehen, bis
225 internationale Vereinbarungen greifen, die eine gemein-
226 schaftliche CO₂-Bepreisung vorsehen.

227

228 Der Klimawandel ist ein internationales Problem, wel-
229 ches internationale Anstrengungen erfordert. Eine Koor-
230 dination, die mindestens auf europäischer Ebene an-
231 gesiedelt ist, setzen wir als Ziel. Wir erkennen jedoch,
232 dass dies innerhalb weniger Jahre schwierig umzusetzen
233 ist. **Wir fordern daher die sozialdemokratischen Kommis-**
234 **sionsmitglieder, MEPs und die nationalen Regierungen**
235 **auf, sich für die Einführung einer ähnlichen Steuer in den**
236 **EU-Mitgliedstaaten einzusetzen, damit diese mittelfristig**
237 **auf europäischer Ebene weiter international koordiniert**
238 **wird.**